Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
Sommer 2021

Editorial von Andreas Kaplan, Rektor der ESCP Paris und Vorstandsmitglied des DFWK

Sehr geehrte Mitglieder und Freunde des DFWK,

Der Begriff Zeit ist in Frankreich eher ein flexibles Konzept, in Deutschland hingegen eine exakte Wissenschaft. Rote Ampeln werden von Fußgängern in Deutschland als strikte Anweisung betrachtet, in Frankreich vielmehr als loser Hinweis. Leben wie Gott in Frankreich versus l'Efficacité et la Rigeur allemande.

Dies sind nur einige Beispiele der zahlreichen kulturellen Unterschiede unserer beiden Nachbarstaaten. Dennoch, oder gerade deswegen spielen Frankreich und Deutschland als treibende Kräfte in der Europäischen Union eine bedeutende Rolle. Davon bin ich als passionierter Europäer, der das Privileg hat, zwischen beiden Ländern iterieren zu dürfen, überzeugt. Ein guter Freund und ehemaliger EU-Abgeordneter formulierte das bei einem Glas Wein einmal so: „*Sobald sich Frankreich und Deutschland auf einen Kompromiss einigen, werden dies mit hoher Wahrscheinlichkeit auch alle anderen europäischen Länder tun.*" Hierbei nahm er weder auf die Wirtschaftskraft, noch auf die Größe beider Länder innerhalb Europas Bezug, sondern fokussierte sich auf ihre kulturellen Unterschiede.

Covid-19 zeigt(e) erneut auf, dass noch einige Arbeit bezüglich europäischer Integration vor uns liegt. Zweifellos ging einiges schief. Dennoch führte die Pandemie, ganz à la Jean Monnets „*Europa wird aus Krisen geboren*", zur gemeinsamen Schuldenaufnahme. Auch wenn es nicht ganz zum Hamilton-Moment gereicht hat, ist dies ein bedeutender und wichtiger Schritt für die Europäische Union. Europa ist und bleibt ein Langzeitprojekt.

Der deutsch-französische Motor ist maßgebend, oder le Couple franco-allemand, wie unsere französischen Freunde in etwas romantischerer Terminologie die Rolle beider Länder in der EU bezeichnen. Ein weiterer interessanter Unterschied. Der Deutsch-Französische Wirtschaftskreis leistet hier einen wesentlichen Beitrag und in den letzten vier Jahren durfte ich diesen als Vorstandsmitglied aus nächster Nähe begleiten. Nachdem meine Zeit als Rektor der ESCP Business School Berlin endet und ich als Rektor der ESCP Paris nun wieder in der Capitale lebe, geht hiermit auch mein Mandat im Vorstand des DFWK zu Ende. An dieser Stelle möchte ich mich herzlichst für die tollen Erfahrungen, Gespräche und Projekte bedanken!

Ich wünsche viel Freude beim Lesen dieser neuen Ausgabe unseres Newsletters!

A bientôt,
Andreas Kaplan

Inhaltsverzeichnis

S. 2-4 **Bénédicte de Peretti**: Regionalwahlen in Frankreich: eine demokratische Ohrfeige für die Politik

S. 4-5 **Joachim Bitterlich**: Die Auflösung der ENA

S. 6-8 **Dirk Schneemann**: Mut zum Vorsprung – Zukunft gestalten

S. 9-14 Rückblick auf unsere Veranstaltungen im zweiten Quartal

S. 15 **Aaron Eucker**: Manifest eines Europäers—Rezension

Der DFWK Vorstand begrüßt **Prof. Dr. Véronique Tran**, Rektor des ESCP Campus in Berlin und Nachfolgerin von Andreas Kaplan, herzlich im DFWK!

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
Sommer 2021

Regionalwahlen in Frankreich: eine demokratische Ohrfeige für die Politik

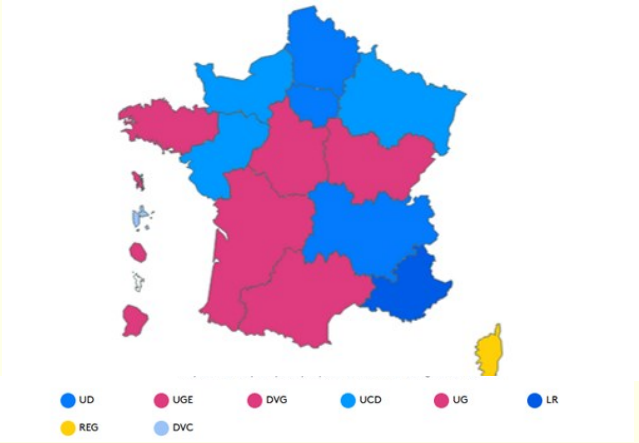
Was bedeuten die Ergebnisse der Regional- und Departement-Wahlen in Frankreich, die am 20. und 27. Juni stattgefunden haben? Für viele waren sie ein Stimmungstest für die Präsidentschaftswahl in zehn Monaten - auch wenn Staatschef Emmanuel Macron diese Lesart ablehnt. Der Einfluss der 13 Regionen Frankreichs (ohne Übersee) ist zwar nicht mit dem der deutschen Bundesländer zu vergleichen. Dennoch haben die Regionen in den Bereichen öffentlicher Verkehr, Bildung und Wirtschaftsförderung nicht unwichtige Kompetenzen. Daher sollte man die Relevanz dieser Wahl nicht unterschätzen.

Bénédicte de Peretti, Vizepräsidentin des DFWK

Erste Erkenntnis: Die Franzosen hatten kein Interesse an der Wahl. Die historisch geringe Beteiligung (33,3 Prozent im 1. Wahlgang und 34,69 Prozent im 2. Wahlgang) schadet der Demokratie. Im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen und die Wahlen zur Assemblée Nationale 2022 muss eine kollektive Anstrengung der Parteien unternommen werden, um die Franzosen zu mobilisieren.

Zweite Erkenntnis: Die bürgerliche Rechte und die Sozialisten haben ihre Position verteidigt. Die bürgerliche Rechte verteidigte die sieben von ihr regierten Regionen. Auch die Sozialisten hielten die fünf von ihnen geführten Regionen. Korsika verbleibt in den Händen der Unabhängigkeitsbewegung.

Außer in den Überseeregionen Martinique und La Réunion, wo es einen Wechsel zugunsten linker Parteibündnisse gab, wurden alle Regionalpräsidenten im Amt bestätigt. Das ist bitter für Präsident Emmanuel Macron und für die Rechtspopulistin Marine Le Pen, die sich Hoffnung auf eine erstmalige Eroberung der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur gemacht hatte.



Die Bürgerliche Rechte konnte sieben Regionen gewinnen (blau), die Sozialisten fünf Regionen (rot).
Quelle: https://www.francetvinfo.fr/elections/resultats/

Dritte Erkenntnis: Die Grünen wurden durch die Wahlen gestärkt. Insbesondere auf der Ebene der Departements hat sich die Zahl der von ihnen gestellten Regionalräte mehr als verdreifacht. Ein gutes Ergebnis, das den Grünen Aufschwung für die Wahlen in 2022 gibt.

Vierte Erkenntnis: Es war ein schwaches Ergebnis für Marine Le Pens RN, das die Partei nicht hat kommen sehen. Offiziell wurde Marine Le Pen am 4. Juli als Präsidentschaftskandidatin des „*Rassemblement National*" (RN) für nächsten April bestätigt. Aber die herben Verluste bei der Regionalwahl haben Zweifel an ihrer Wahlstrategie genährt.

Fünfte Erkenntnis: LREM, die Partei von Präsident Macron, hat ein Problem, sich zu verankern. In den acht Regionen, in denen sich die Kandidaten von Macrons La République en Marche (LREM) Chancen ausmalten, landete die Partei auf dem dritten oder vierten Platz. Ein Schlag ins Gesicht für die Partei des Präsidenten, dem es seit seiner Wahl nicht gelungen ist, auf lokaler Ebene Fuß zu fassen. Gerade einmal 104 von fast 2.000 Sitzen in den Regionalräten konnten Vertreter von LREM gewinnen.

Marine Le Pen; Quelle: Pixabay

Kaum sind die Ergebnisse der Regionalwahl verdaut, befindet sich Frankreich schon mitten im Wahlkampf für das nächste Jahr.
Für die bürgerliche Rechte steht viel auf dem Spiel. Schafft sie es, einen Kandidaten zu finden, ohne sich in internen Streitereien aufzureiben?

Am meisten von sich reden macht Xavier Bertrand, der gerade wiedergewählte Präsident der Region Hauts-de-France, der allerdings kein Mitglied der Republikaner mehr ist und eine Vorwahl zur Festlegung des Spitzenkandidaten ablehnt. Neben ihm träumen auch die wiedergewählte Präsidentin der Region Île-de-France, Valérie Pécresse, und der ebenfalls wiedergewählte Präsident der Region Auvergne-Rhône-Alpes, Laurent Wauquiez, von der Präsidentschaft. Zurzeit führt Bertrand in den Umfragen. Falls sich die Kandidaten in Grabenkämpfen aufreiben sollten, ist nicht ausgeschlossen, dass andere, wie zum Bespiel Michel Barnier, ihre Kandidatur erklären. Barnier war zuvor unter anderem französischer Außenminister, Vizepräsident der EU-Kommission und Brexit-Chefunterhändler der EU.

Emmanuel Macron hat nach der Wahl weitergearbeitet, fast als ob nichts gewesen wäre. Aber die gerade wieder deutlich gewordene Schwäche seiner Partei, die wie eine „umgedrehte Pyramide, auf ihrer Spitze ruht und keine Basis hat“, sorgt im Elyseepalast für Besorgnis. Macron will die Kontrolle wiedererlangen, indem er den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes verkörpert und eine positive Botschaft über den Aufschwung transportiert.

Die Gilets Jaunes stellen immer noch eine Bedrohung für Macron dar; Quelle: Pexels

Dafür plant er auch, seine Reformpläne, das eigentliche Versprechen seiner Präsidentschaft, erneut anzugehen, die durch die Gilets Jaunes, dann durch die Corona Pandemie gestoppt worden sind.

Bis zur Wahl nächstes Jahr steht Macron vor dem Spagat, einerseits seine Reformagenda fortzuführen und eventuell die Rentenreform durchzubringen. Gleichzeitig kann er es sich nicht leisten, sich mit zuweilen schmerzhaften Reformen unbeliebt zu machen und Wählerstimmen zu verlieren – oder gar die Gilets Jaunes wieder auf den Plan zu rufen.

Kurz vor dem 14. Juli wird er wahrscheinlich eine „*technische*“ Umbildung seiner Regierung ankündigen sowie seine Roadmap für die letzten Monate seiner Präsidentschaft. Endes des Jahres will sich Macron dann vor allem auf die Europapolitik konzentrieren, da Frankreich ab 1. Januar 2022 die EU-Ratspräsidentschaft übernimmt. Kernthemen werden die Sozial-, Digital- und Klimapolitik sein.

Eine CO_2-Grenzabgabe und ein europäischer Mindestlohn werden auf die Tagesordnung kommen. Auch möchte Macron die europäische Autonomie stärken. Das vollständige Programm der französischen EU-Ratspräsidentschaft soll Ende November vorliegen.

Emmanuel Macron im EU Parlament; Quelle: EU Parlament

Die Zukunft der EU ist klar ein großes Anliegen Macrons. Seit seiner Rede an der Sorbonne-Universität im Oktober 2017 setzt er sich für eine Erneuerung der EU ein. Aktuell läuft die auch als Reaktion auf Macrons Sorbonne Rede gestartete Konferenz zur Zukunft Europas, bei der Bürger ihre Ideen zur Zukunft der EU einbringen können. Ein Projekt, mit dem sich sicher auch Macron profilieren möchte. Aber ihm bleibt nicht mehr viel Zeit, bis zu den Präsidentschaftswahlen am 10. und 24. April 2022.

Die Auflösung der ENA

oder das Ende einer Institution, die Frankreich seit 1945 mitgeprägt hat

Joachim Bitterlich, Präsident des DFWK

Die große Mehrheit der Franzosen hatte die Zusage von Präsident Macron an die „*Gillets jaunes*“ vor zwei Jahren kaum ernst genommen, die Ecole Nationale d'Administration, die ENA aufzulösen. Es waren und sind doch ihre Absolventen, die über Jahrzehnte die Elite der französischen Administration und Politik gebildet haben. Und es war ausgerechnet Emmanuel Macron, der wie kaum ein anderer die Privilegien als einer der besten seines Jahrgangs der ENA genossen hat.

Viele dachten, Reformen ja, vor allem eine breitere Öffnung für den Zugang durch einen der in Frankreich üblichen Auswahlwettbewerbe wie vor allem eine wesentliche Neuordnung des Zugangs zur Verwaltung für die Absolventen dieser Kaderschmiede, aber eine Abschaffung – im Grunde nein!

Daher war das Erstaunen um so grösser als Präsident Macron seine Ministerriege im Frühjahr anwies, seine Entscheidung in die Tat umzusetzen. Die erste Verwaltungsverordnung steht inzwischen, vierzig andere müssen für die angestrebte grundlegende Neuordnung des Berufsbeamtentums noch folgen.

Ein Übergangsteam ist ernannt, wenn auch erst nach einigen Mühen. Eine Debatte in der Assemblée nationale über diesen tiefgreifenden Bruch? Warum? Der Präsident hat doch aufgrund einer generellen Ermächtigung entschieden, in deutschen Landen ein unvorstellbares Vorgehen.

Noch verwunderlicher muss erscheinen, dass das „Haus“ mit allen Konsequenzen zum 1. Januar 2022 „*abgerissen*“ wird, ohne dass ein Minimum an Klarheit über das künftige „Haus“ besteht. Paris stochert im Nebel, alle künftigen französischen Absolventen aus dreizehn verschiedenen Schulen sollen künftig ein einziges „*Corps*“ bilden, das der Verwaltungsbeamten des Staates. Die Auslese für Spitzenposten will man später trefen, in einer Art „*Ecole de guerre*“, was man militärisch als „*Generalstabsausbildung*“, in der Wirtschaft als „*MBA*“ übersetzen könnte.

Doch Ausnahmen gibt es schon jetzt, quasi unter dem Tisch geschaffen, um Ruhe an der Front vor den Präsidenten-Wahlen im April 2022 zu haben. Der Conseil d'Etat, oberstes Verwaltungs - und Verwaltungsgerichtsorgan hat seine Ausnahmen für die Rekrutierung des Nachwuchses erhalten, der Rechnungshof wird auf eine ähnliche Behandlung pochen.

Das Corps der Präfekten, Rückgrat der französischen Zentralverwaltung in den Regionen und Departements wird aufgelöst, viele seiner Mitglieder sind wütend, es sind Worte über Paris zu vernehmen, die noch nie so zu hören waren. Nun gut, der Präsident möchte auch Präfekten ernennen, die eben nicht aus dieser Laufbahn stammen, sondern eben zum Beispiel aus der Politik oder anderen Bereichen kommen. Daher der deutliche Vorwurf einer Politisierung der Beamtenschaft!
Emmanuel Macron rüttelt an den Fundamenten des französischen Staates. Grundlegende Reformen mussten kommen, mussten sie aber so weit gehen? Konnte man nicht konstruktiv damit umgehen? Musste man nicht zuallererst das Übel des französischen administrativen „*Millefeuille*“ beseitigen, das Durcheinander der Zuständigkeiten zwischen der Pariser Zentrale, den Regionen, Departements und Gemeinden beenden, um Frankreich neu aufzustellen und endlich eine vernünftige Dezentralisierung herbeizuführen?

Der Leser möge mir diesen Kommentar nachsehen, ich bin ein, wenn auch nur „*ausländischer*“ Absolvent dieses auch europäischen und internationalen Markenzeichens Frankreichs, das der Reform bedurfte, aber es seien Zweifel erlaubt, ob es deshalb der „*destruktiven Zerstörung*“ bedurfte, um die französische Administration zu modernisieren.

Bisher ist es zudem trotz einer ganzen Reihe von Demarchen völlig unklar, was künftig aus der internationalen Zusammenarbeit der ENA werden soll, die sich auf ihr Prestige gestützt hat. Dies gilt nicht nur zum Beispiel für die Kooperation mit Deutschland, aber auch für eine ganze Reihe von Partnerländern Frankreichs: Jüngst hat noch ein Land wie Montenegro die ENA darum gebeten, seine Minister systematisch auf dem weiteren Integrationsprozess in die EU zu begleiten. Für sie alle war und ist die ENA die Referenz, nicht aber das neue „*INSP – Institut National du Service Public*“, eine Institution, die gerade ihren Namen erhalten hat, deren Strukturen und Inhalte noch im Nebel stecken.

Die ENA war dank ihres letzten Direktors auf dem richtigen Wege, das neue „*INSP*“ scheint mir bisher eher auf dem Holzweg – und das ausgerechnet in einer Periode, in der sich Frankreich bewähren, seine Verwaltungsstrukturen weitgehend überdenken und seine Wirtschaft neu aufstellen muss. Wahlforscher gehen davon aus, dass der populistische Schuss des Präsidenten nach hinten ausgehen wird, er wird mit dieser Maßnahme keine Wählerstimme gewinnen, sondern sie verlieren.

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
Sommer 2021

Mut zum Vorsprung – Zukunft gestalten

…unter dieser Überschrift ging das 6. Ostdeutsche Wirtschaftsforum (OWF) am 13.6. in Bad Saarow an den Start – zum zweiten Mal in Pandemiezeiten! Und es erwies sich erneut als ein großer Erfolg – nicht nur, weil es trotz Corona im Präsenzformat (mit digitalem Live-Stream an die Bildschirme im Lande…) funktionierte und nicht nur, weil sich traditionell Bundes- und Landespolitiker die Klinke in die Hand geben, sondern weil es von einer Stimmung und Haltung der Teilnehmer – auf den Podien und im Saal – getragen wurde, die Optimismus, Selbstvertrauen, Stolz und Mut ausdrückten.

Dirk Schneemann ist Vizepräsident des DFWK.

Die jahrelang diskutierte „*Aufhol- und Angleichungsjagd West*“ spielte keine Rolle mehr – es geht um Innovationen und Vorsprung im internationalen Vergleich (erinnert etwas an den alten DDR-Slogan vom „*Überholen ohne einzuholen…*“) – und damit ergeben sich völlig neue Perspektiven – was dann auch Innovationen von globaler Tragweite anzieht (Tesla in Brandenburg, Bosch in Dresden, CATL in Erfurt etc.)

Bundesarbeitsminister Hubertus Heil und Bundesfinanzminister Olaf Scholz (vlnr.)

Der DFWK war erneut Partner des OWF – und diesmal auch mit vier Vorstandsmitgliedern an den Veranstaltungstagen präsent.

Zur „*Generalprobe*“ am Vorabend trug Bundesarbeitsminister Hubertus Heil (SPD) seine Gedanken zur aktuellen Lage vor und diskutierte mit den Teilnehmern Arbeitsmarkt-Szenarien nach Corona – entspannt und pragmatisch.

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) eröffnete mit seiner Rede am 14.6. das 6. OWF offiziell vor rund 150 Teilnehmern aus der ostdeutschen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik und zahlreichen weiteren Teilnehmern im Livestream. Scholz benannte die vier großen Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahrzehnt: Mobilität, Klimaschutz, Digitalisierung und Gesundheitswirtschaft. Scholz: „*Notwendig ist ein präziser Plan für die Zukunft. Wir müssen uns mutige Ziele setzen, gerade auch für Ostdeutschland. Ostdeutschland braucht Fortschritt und gute Lebenschancen. Ein Aufbruch ist notwendig.*“

Für Ostdeutschland sieht Bundesfinanzminister Scholz hierbei große Chancen, seine Kompetenzen und Potenziale einzubringen. Als Beispiele nannte er die E-Auto-Produktion von Volkswagen in Zwickau, den Bau der Batteriefabrik in Erfurt oder des modernsten Bahn-Instandhaltungswerks in Cottbus. Scholz betonte, dass sich bei diesen Zukunftsmissionen zahlreiche Schnittmengen zu den Empfehlungen des OWF.ZUKUNFT für eine Zukunftsstrategie für die ostdeutsche Wirtschaft ergeben.

Ausdrücklich lobte Scholz die Idee eines Zukunftszentrums in Ostdeutschland. Scholz: „*Hier*

sollen die Erfahrungen der Transformation in Ostdeutschland analysiert und zugleich vorgedacht werden, wie künftige Transformationen bewältigt werden können.“ Scholz kündigte eine zeitnahe Beratung des Themas im Bundeskabinett an. Gleichzeitig kritisierte der Bundesfinanzminister, dass immer noch zu wenige Ostdeutsche in Führungspositionen in Wirtschaft und Gesellschaft vertreten sind.

„Wirtschaftsministerrunde“ mit Martin Dulig (Sachsen), Christian Pegel (Mecklenburg-Vorpommern), Ramona Pop (Berlin) und Prof. Dr. Jörg Steinbach (Brandenburg) - (vlnr.)

Zunehmenden Raum im Forum nahmen Internationalisierung und ostdeutsches Leadership ein. Bei einer Liveschalte nach Shanghai, Hanoi, Washington und Paris wurde nicht nur über den aktuellen Zustand in den Ländern in Bezug auf Corona gesprochen – sondern die Chancen und Potenziale für die ostdeutsche Wirtschaft standen im Fokus. Internationalisierung wird bereits eines der Kernthemen des OWF 2022 sein – und Frankreich rückt hier (endlich) immer stärker ins Blickfeld.

Die Thematik Leadership verbindet sich mehr und mehr (auch durch Corona) mit Transfererfahrung und Transferkompetenz – eine der künftigen Schlüsselkompetenzen in „digitalen *und disruptiven Zeiten*“ – auch hier wird das 7. OWF nachlegen, da insbesondere die „*Wende- und Nachwende-generation*“ junger Führungskräfte gleichberechtigte Führungsansprüche nach über 30 Jahren Wiedervereinigung anmelden…

„Ministerpräsidentenrunde“ u.a. mit Michael Müller (Berlin) und Dietmar Woidke (Brandenburg) - vlnr. Ganz rechts: Moderatorin Rommy Arndt

Die Runde der ostdeutschen Ministerpräsidenten und die der Wirtschaftsminister gestalten sich immer zu Highlights der Konferenz – es wird Klartext gesprochen und bemerkenswertes „*Engagement Ost*“ gezeigt, wobei die Parteibücher im Hintergrund bleiben – pragmatische Lösungen und Interessenwahrnehmung „*für Land und Leute*“ stehen im gemeinsamen Mittelpunkt.

Das kreisrunde DFWK Logo zwischen den Logos der anderen Sponsoren des OWF

Höhepunkt des ersten Tages war die Verleihung der OWF-Innovationspreise an herausragende Unternehmen aus den ostdeutschen Ländern – allesamt vor rund 30 Jahren gegründet mit res-

pektabler Entwicklung, Produkten von Weltspitze und großem internationalen Potenzial.

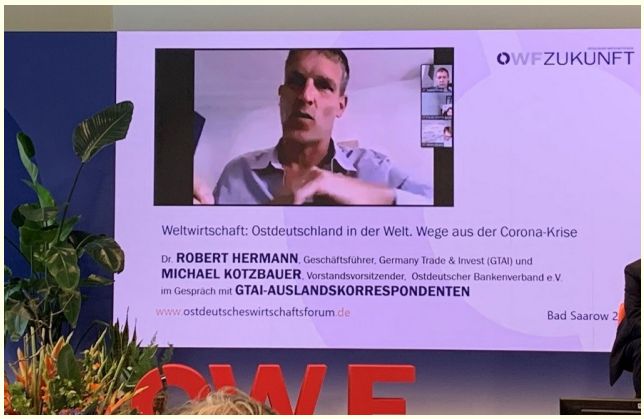
Am Schlusstag sprach Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) zum Status der deutschen Wirtschaft nach der Corona-Krise. Altmaier: „*Wir wollen die Corona-Krise nicht nur überwinden, sondern gestärkt aus ihr hervorgehen. Dafür müssen wir heute entschlossen in die Zukunft investieren. Ostdeutschland hat dafür hervorragende Potenziale, gerade in den Schlüsselbereichen klimaneutraler und digitaler Technologien.*“

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier

Das Ostdeutsche Wirtschaftsforum verstand sich einmal mehr als Spitzentreffen von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, die sich zu den Perspektiven und Potenzialen der ostdeutschen Wirtschaft austauschen.

Das OWF.ZUKUNFT bildet mit seinen Partnern ein aktives Netzwerk, das als Thinktank strategisch an der Zukunft der ostdeutschen Wirtschaft mitwirkt und das von zahlreichen Partnern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft unterstützt wird.

Unter dem Motto „*ZUKUNFT GESTALTEN – MUT ZUM VORSPRUNG*“ diskutierten die Teilnehmer in diesem Jahr, welche Lehren die ostdeutsche Wirtschaft aus der Corona-Krise ziehen kann und welche Perspektiven der Strukturwandel für Ostdeutschland bietet.



„Ostdeutschland in der Welt“ Videoschalte — u.a. nach Paris

Der DFWK wird diese Entwicklung nicht nur weiter verfolgen und begleiten, sondern es gibt bereits konkrete Vorstellungen, insbesondere die Wirtschaftsbeziehungen zu Frankreich hier stärker einzubringen Sowohl die Französische Botschaft in Berlin als auch die GTAI haben ihr Interesse angemeldet, mit uns gemeinsam zu substanziellen Ergebnissen zu kommen.

Unsere in diesem Jahr gestartete Trilogie zu den Beziehungen Frankreich – Ostdeutschland trägt diesem Gedanken nicht nur Rechnung sondern birgt zahlreiche Synergien…. Bleiben Sie also „*auf Sendung*“ und bringen Sie sich auch gerne mit Ideen und Vorschlägen ein.

Dirk Schneemann

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
Sommer 2021

„Strategische Autonomie Europas in zentralen Zukunftsfragen - eine Illusion?“

Europa ist in zentralen Fragen der Selbstbehauptung der Wirtschaft und Wissenschaft zunehmend von den USA und China abhängig. Können wir überhaupt noch die Wende erreichen oder haben wir gegen die europäischen Bürokratien und Risiko-Aversion keine Chance? Und welche Rolle spielen insbesondere Forschung und Innovation als Treiber europäischer Souveränität? Diesen Fragen ist der DFWK im Gespräch mit André Lösekrug-Pietri, Präsident der Joint European Disruptive Initiative (JEDI), nachgegangen. JEDI verbindet heute 4.000 engagierte Europäer aus Forschung, Technologie und Politik und fördert in mehreren Gebieten (Umwelt, Gesundheit, Digital) Sprunginnovationen auf europäischer Ebene.

André Lösekrug-Pietri, Präsident von J.E.D.I. (l.) und Joachim Bitterlich, Präsident des DFWK (r.)

JEDI JOINT EUROPEAN DISRUPTIVE INITIATIVE

© J.E.D.I.

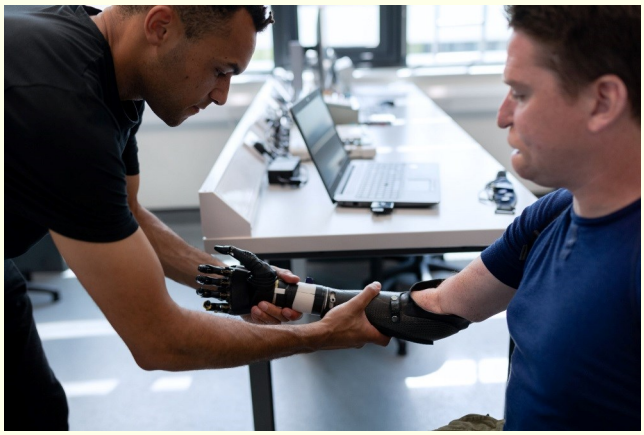
Der technologische Rückstand Europas wird allzu oft als Anzeichen für einen Mangel an finanziellen Ressourcen fehlinterpretiert. Seit 1984 hat die Europäische Union (EU) jedoch etwa 200 Mrd. Euro in Forschung und Entwicklung investiert, die US-Behörde DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) beispielsweise in den letzten 60 Jahren hingegen nur rund 50 Mrd. Euro.

Gleichzeitig ist der Erfolg der DARPA unbestritten. Die Behörde wurde 1958 als Reaktion auf den Start des Sputnik-Satelliten der Sowjetunion gegründet – ein Schock für die Vereinigten Staaten. Seitdem hat sie wegweisende Innovationen wie das Internet, GPS und Tarnkappentechnologie angestoßen, die ihre Effektivität belegen.

Wie kann es also sein, dass die EU trotz erheblicher Investitionen in den Bereichen Forschung und Entwicklung bei der weltweiten Technologieführerschaft hinter die USA und China zurückgefallen ist?

Europa fehlt der Fokus

Der Analyse von André Lösekrug-Pietri zufolge haben die USA, aber auch China, die Bedeutung gezielter Investitionen der öffentlichen Hand erkannt, während Europa manchmal noch von der „*Investitionsdimension*“ besessen ist. Bislang seien europäische Gelder im Bereich Innovation so vor allem im Zuge unkoordinierter Initiativen der Mitgliedsstaaten und einer Vielzahl von Strukturen, die mit der Europäischen Kommission verbunden sind, geflossen.



Gleichzeitig habe Europa nicht verstanden, in welchem Ausmaß autoritäre Staaten Technologie, Forschung und Wissenschaft nutzen, um ihre Werte nach außen zu tragen.

Dadurch offenbare sich die Bedeutung von Forschung und Innovation als Treiber europäischer Souveränität nicht nur in Bezug auf wirtschaftliche und wissenschaftliche Wettbewerbsfähigkeit. Lösekrug-Pietri sieht auch einen „*Kampf der Werte*“ – wenn uns etwas an unseren demokratischen Werten liegt, dann sei es unabdingbar, im Bereich der Forschung und Technik Prioritäten zu setzen und eine gemeinsame europäische Vision zu entwickeln.

Auch sei es der EU, im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten, nicht gelungen, alle beteiligten Akteure hinter einer regionalen Struktur, welche vor allem auf Durchbrüche bei disruptiven Technologien abzielt, zu vereinen.

Lösekrug-Pietri ist überzeugt, dass grundlegende Innovationen nicht nur im Einklang mit den europäischen Werten stattfinden müssen, sondern auch einer kritischen Masse bedürfen, um letztlich zur Lösung globaler Probleme beizutragen. Dies habe sich zuletzt auch in der Corona-Krise gezeigt.

Eine Frage der Strategie

Damit sich Europa im Bereich der Forschung und Technologie weltweit eine führende Rolle sichern kann, brauche es vor allem zwei Dinge: Agilität und Voraussicht. Wenn wir nur die Schlachten von heute schlagen, müssten wir uns damit begnügen, den Punktestand zwischen Peking und Washington zu halten, meint Lösekrug-Pietri.

Wenn wir hingegen eine Kultur der Antizipation annehmen, könnten wir künftig noch gut abschneiden. Um in Europa agil und vorausschauend zu sein, sei vor allem ein radikaler Strategiewechsel erforderlich. Denn strategische Autonomie bedeute letzten Endes vor allem „*anders denken*“, so Lösekrug-Pietri abschließend.

Die Veranstaltung fand am 23. Juni 2021 online statt.

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
Sommer 2021

Französisch-Ostdeutsche Wirtschaftskooperationen – neue Impulse für Europa

In Kooperation mit dem Goethe-Institut Lyon, dem Deutsch-Französischen Wirtschaftsclub Auvergne Rhône-Alpes und dem Institut Français Leipzig wurde die dreiteilige Veranstaltungsreihe zu den ostdeutsch-französischen Beziehungen fortgesetzt. Nach dem historischen Rundumschlag im März ging es im zweiten Teil der Reihe um die französisch-ostdeutsche Wirtschaftskooperation heute.

Dr. Jens Katzek
© Dr. Jens Katzek

Dr. Harald Langenfeld
© Sparkasse Leipzig/ Rainer Justen

Anke Mank
© OptoNet e.V

Arnaud Schott

Dirk Schneemann
(DFWK, Organisator)

Zu diesem Thema diskutierten **Fabrice Estruch**, Präsident EasternGraphics (Lyon, Tochtergesellschaft der EasternGraphics GmbH, Ilmenau), **Dr. Jens Katzek**, GF Automotive Cluster Ostdeutschland ACOD (Leipzig), **Dr. Harald Langenfeld**, Vorstandvorsitzender der Sparkasse Leipzig und Honorarkonsul der Republik Frankreich in Sachsen, **Anke Mank**, Manger International Affairs bei OptoNet (Jena), und **Arnaud Schott**, Aden Immo (Berlin/Leipzig). Die Moderation übernahm **Thomas Wieder**, Korrespondent der Tageszeitung *Le Monde* in Berlin.

Herausforderungen und Erfolge der französisch-ostdeutschen Wirtschaftsbeziehungen

Wie gestaltet sich also die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Ostdeutschland ohne den Einfluss einer naheliegenden direkten Grenze und den Verflechtungen, die sich daraus ergeben?

Die Antworten der Panelisten auf diese Frage von Thomas Wieder fällt unterschiedlich aus.

Arnaud Schott sieht eine wirtschaftlich und demographisch dynamische Region, die aber in Frankreich (mit Ausnahme einiger Metropolen) kaum als solche wahrgenommen wird. Das größte Hindernis für engere wirtschaftliche Verflechtungen und Investitionen ist für ihn ein Image-Problem der Neuen Bundesländer.

Dr. Jens Katzek zufolge ist auch die sprachliche Barriere nicht zu unterschätzen. Dass die französisch-ostdeutsche Kooperation gerade im Automobil-Sektor noch „*deutlich ausbaufähig*“ sei, liege auch daran. Man sollte sich seiner Ansicht nach gerade zwischen KMUs auf Englisch als Verkehrssprache verständigen.

Dr. Harald Langenfeld glaubt hingegen, dass der Ausbau von Austauschprogrammen besonders für Auszubildende ein gegenseitiges interkultu-

relles und sprachliches Verständnis schaffen wird, das am Ende auch zu verstärkten Wirtschaftskontakten führen müsse.

Fabrice Estruch sieht stattdessen ein „*handfesteres*“ Hindernis für eine engere Zusammenarbeit: Die Distanz zwischen den ostdeutschen Regionen und Frankreich werde durch eine mangelhafte Infrastruktur vergrößert. Ihm fehlen Flughäfen mit einer direkten Anbindung an die französischen Metropolen.

Anke Mank berichtet von der Optik-Branche als einem positiven Beispiel, die diese Hindernisse oft überwinden konnte. In diesem Bereich gibt es bereits zahlreiche französisch-ostdeutsche Kooperationen. Die Stärke der französischen Partner sieht sie insbesondere darin, die Kooperation auf eine europäische Ebene zu heben. Das sei auch nötig, denn „*rein politisch befinden wir uns als EU zwischen China und den USA*“.

Dr. Katzek wünscht sich insbesondere mehr ostdeutsch-französisch-polnische Kooperationen. Aufgrund der geographischen Nähe und des historischen Bezugs sollte der östliche Nachbar seiner Ansicht nach stärker berücksichtigt werden.

Ausblick: Der direkte Austausch ist unverzichtbar

Dr. Langenfeld blickt trotz mancher, von den Teilnehmenden angesprochenen Hindernisse, optimistisch in die Zukunft der französisch-ostdeutschen Beziehungen.

Er ist überzeugt: „*Wenn wir es schaffen, den Wirtschaftsdialog wieder stärker in Gang zu bringen, dann wird das sicherlich eine Initialzündung sein.*“ Einen direkten Dialog, auch mit persönlichen Treffen und einem informellen Glas Wein, wünschen sich alle Panelisten.

Die Idee einer größeren Präsenzveranstaltung im kommenden Jahr findet so schnell viele Unterstützer. Durch den direkten Austausch können sich Partner innerhalb der verschiedenen Branchen finden und eine Zusammenarbeit verschiedener europäischer Regionen in den Gang bringen.

„*Wir wollen in die deutsch-französische Zusammenarbeit investieren, aber wir wollen gleichzeitig neue Impulse setzen für Europa*“, bilanziert Dirk Schneemann, Vize-Präsident des DFWK. Ein „*DFWK Mitteldeutschland*“ kann seiner Ansicht nach ein Format darstellen, von dem solche Impulse ausgehen.

Die Veranstaltung fand am 8. Juni 2021 mit Unterstützung des Deutsch-Französischen Bürgerfonds online statt. Der nächste Termin der Veranstaltungsreihe im Herbst wird sich mit den bildungspolitischen und kulturellen Faktoren der Kooperation befassen. Weitere Informationen sowie eine Einladung folgen.

DEUTSCH-FRANZÖSISCHER BÜRGERFONDS
FONDS CITOYEN FRANCO-ALLEMAND

CAFAURA
Club d'Affaires Franco-Allemand Auvergne . Rhône-Alpes

INSTITUT FRANÇAIS
Leipzig

GOETHE INSTITUT

Veranstalter der Eventreihe zu den Ostdeutsch– Französischen Beziehungen

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
Sommer 2021

Musik als Brücke zwischen Frankreich und Deutschland

Deutsch-Französisches Rapduo „*Zweierpasch*“ diskutiert mit DFWK Jugend und jungen Mitgliedern der AHK Frankreich.

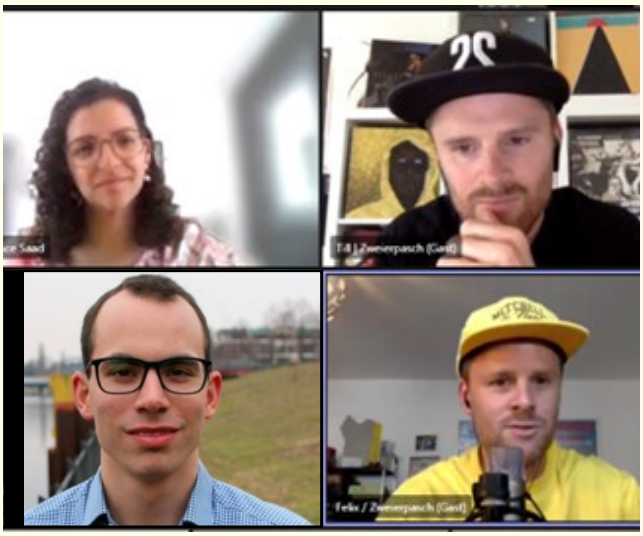
Till und Felix Neumann, Frontmänner von „Zweierpasch“
© Felix Brauner

Unternehmer, Politiker, Forscher und Journalisten sieht man regelmäßig auf den Veranstaltungen des Deutsch-Französischen Wirtschaftskreises (DFWK) und der Außenhandelskammer Paris (AHK Frankreich) – Rapper hingegen eher selten. Durch die Diskussion mit Till und Felix Neumann, die als Frontmänner der deutsch-französischen Hip-Hop Band „*Zweierpasch*“ auftreten, unterstrichen DFWK Jugend Präsident Aaron Eucker und die Leiterin des „*Young Leader*“ Programms der AHK, Mariam-Alice Saad, dass auch Kultur eine feste Rolle im Programm der beiden Vereine und der deutsch-französischen Beziehungen einnimmt.

Grenzgänger: Über Grenzen hinweg

Die Zwillingsbrüder Till und Felix Neumann sind in der deutsch-französischen Kulturszene bekannt, wie kaum eine andere Gruppe. 2014 veröffentlichten sie das Lied „*Grenzgänger*“. In dem dazugehörigen Video sind sie auf der Rad- und Fußgängerbrücke zwischen Kehl in Deutschland und Straßburg in Frankreich zu sehen. Auf Deutsch und Französisch rappen sie dort gegen Nationalismus und Hass an und setzen sich für die deutsch-französische Freundschaft ein.

Für ihr Engagement erhielt die Gruppe, die neben den beiden Brüdern noch fünf weitere Mitglieder zählt, 2018 den Adenauer-de-Gaulle Preis. Mit diesem Preis werden Personen geehrt, die sich besonders für die deutsch-französischen Beziehungen einsetzen. Weitere Träger sind unter anderen die ehemaligen Kanzler Helmut Kohl und Helmut Schmidt sowie der ehemalige französische Präsident Valéry Giscard d’Estaing.



Mariam Alice Saad von der AHK (l.o.) und Aaron Eucker vom DFWK (Profilbild l.u.) im Gespräch mit Zweierpasch (rechts)

Französisch ist für Till und Felix Neumann aus dem Alltag und ihrer Musik nicht wegzudenken. Diese Liebe für die Sprache des Nachbarn auf der anderen Seite des Rheins teilen leider immer weniger Menschen. Um dieser Entwicklung gegenzusteuern, engagieren sich Zweierpasch mit

ihren Projekten „*HipHop macht Schule*“ und „*Ecole du Flow*“ in Schulen in beiden Ländern. Die deutsch-französischen Beziehungen lebten über den Kontakt und Austausch miteinander – nur so könne man sich besser kennenlernen und Barrieren abbauen, unterstreichen die beiden Musiker. Dieser Austausch müsse daher gefördert werden. Musik sei dabei nur eine von vielen möglichen Formen.

Gleichzeitig müsse man jedoch aufpassen, nicht zu einer Blasenbildung beizutragen, warnen die beiden Rapper. Die europäische Idee werde bei weitem nicht von jedem gelebt. Auch wenn an Universitäten das Engagement für die deutsch-französische Freundschaft oft groß sei, so finde dies leider auch oft in einer „*Bubble*“ statt. Es gebe weiterhin viele Bürger in beiden Ländern, die, abgesehen vom Einkaufen, nicht ins Nachbarland fahren. Trotz der vielen lobenswerten Initiativen, sei man von einer gelebten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit noch weit entfernt, erläutern Till und Felix Neumann.

Ouvrez les frontières: Lebensräume & Kultur in Zeiten von Corona

Eine gelebte deutsch-französische Kultur brauche daher mehr als nur Sprachunterricht in den Schulen oder Studentengruppen an den Universitäten. Wichtig sei der persönliche Austausch miteinander, unterstreichen die Geschwister. Umso größer war daher die Wut der Beiden über die Grenzschließung im vergangenen Jahr. Till und Felix Neumann fühlten sich abgeschnitten von einem Teil ihrer Heimat, die sie nicht anhand von Nationalgrenzen definieren, sondern anhand von – wie sie es nennen – „*Lebensräumen*“. Für die beiden Musiker war die Grenze bisher nur ein Strich auf der Karte – die Grenzregion zwischen Freiburg, Kehl und Straßburg hingegen ihr gemeinsamer „*Lebensraum*“.

Als Mitglieder der deutsch-französischen Hip-Hop-Band hatte die Grenzschließung im Zuge der Corona-Pandemie jedoch auch weitreichende wirtschaftliche Folgen. Für die beiden Künstler sind Networking und Auftritte in beiden Ländern ein wesentlicher Aspekt ihrer Arbeit. Von heute auf morgen konnten sie nicht mehr nur ins Nachbarland, auch in der Heimat wurden alle Kulturstätten bis auf weiteres geschlossen.

Clandestino: Musik als Bindeglied der Gesellschaft

Zweierpasch ist keine Wohlfühl-Gruppe. Till und Felix Neumann nutzen ihre Musik auch, um Kritik am Vorgehen der Politik zu äußern bzw. diese zu hinterfragen. Darin sehen die beiden Musiker auch eine Stärke der Kunst: Sie kann Debatten anstoßen oder kritische Positionen einnehmen. Sei es mit ihrem als Lied verpacktem Appell „*Ouvrez les frontières*“ oder ihrem kürzlich veröffentlichten Song „*Clandestino*“, in dem sie die mangelnde Solidarität und geringe Achtung der Menschenrechte bei der Rettung von Flüchtlingen im Mittelmeer anprangern.

Zweierpasch spielte auch beim Deutsch-Französischen Wirtschaftspreis 2020 der AHK; Quelle: AHK

Musik komme an dieser Stelle eine besondere Rolle zu, erklären die Geschwister. Indem Kunst – in dem Fall Musik – Themen auch kritisch betrachte, habe sie die Fähigkeit, Menschen zu erreichen, die die Politik nicht mehr erreicht. Für sie ist eine aktive Musik- und Kulturbranche daher ein Statement für gelebte Demokratie.

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK
Sommer 2021

Manifest eines Europäers

DFWK Präsident Joachim Bitterlich hat seine Memoiren veröffentlicht - und blickt darin in die Zukunft.

Rezension von DFWK Jugend Präsident Aaron Eucker.

Mit „*Erinnerungen eines Zeitzeugen*“ hat Joachim Bitterlich einen bewusst bescheidenen Untertitel für sein kürzlich erschienenes Buch gewählt.

Denn die knapp 350 Seiten, in denen Bitterlich seinen Weg schildert – erst von der französischen Eliteschule ENA in den deutschen diplomatischen Dienst, dann über das Bundeskanzleramt an die Spitze der Botschaft in Spanien und zum NATO-Botschafter – sind mehr als ein Rückblick. Sie sind das Manifest eines überzeugten Europäers.

Joachim Bitterlich und Helmut Kohl im Kanzleramt
Quelle: picture alliance/ dpa/ Michael Jung

Bitterlich, der historische Entscheidungen wie die Einführung des Euros „*hautnah*“ miterlebt hat, liefert eine Analyse und einen Kommentar zur deutschen Außen- und Europapolitik der letzten Jahrzehnte.

Sein Ziel: Aus den vergangenen vierzig Jahren lernen, um die aktuellen Herausforderungen zu überwinden. Einen besonderen Platz räumt der Saarländer dabei neben der Europäischen Union seinem zweiten Herzensthema, den deutsch-französischen Beziehungen, ein.

Ohne Umschweife zeigt er auf, wie Missverständnisse und ein Aneinander-Vorbeireden die Beziehungen beider Länder immer wieder zurückwerfen. Dabei hält Bitterlich eine Zusammenarbeit von Frankreich und Deutschland für eine Grundvoraussetzung einer starken EU.

Helmut Kohl nimmt als „*Lehrmeister*“ für Joachim Bitterlich eine besondere Rolle ein. Der Autor macht deutlich, dass er die kritische Haltung vieler Deutscher gegenüber dem Kanzler der Einheit nicht teilt.

Auch dazu dient das Buch: Das Bild, das die Geschichtsschreibung von dem überzeugten Europäer Kohl gezeichnet hat, etwas zurechtzurücken.

„Joachim Bitterlich: Grenzgänger: Deutsche Interessen und Verantwortung in und für Europa. Erinnerungen eines Zeitzeugen“ (346 Seiten) ist im Juni 2021 im ibidem Verlag erschienen und kostet 34,90 Euro.

Der DFWK Jugend plant im Herbst 2021 eine Veranstaltung mit Joachim Bitterlich, zur Diskussion der im Buch aufgestellten Thesen zur aktuellen Politik. Eine Einladung folgt.

Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis

Der Deutsch-Französische Newsletter des DFWK Sommer 2021

Unsere Partner und Unterstützer

mazars

CMS Law.Tax

BMW

TotalEnergies

SANOFI

MALMENDIER LEGAL

IMPRESSUM:
Deutsch-Französischer Wirtschaftskreis
Alt-Moabit 2 | 10557 Berlin | Deutschland
Tel.: +49 (0) 30 206 159 00
kontakt@dfwk.eu | www.dfwk.eu
LinkedIn | Twitter